26.05.2023

Drucksache 122/23

Grundsatzbeschluss zur Vergabe von rettungsdienstlichen Leistungen im Bereich des Krankentransportes im Kreis Unna

Gremium	Sitzungsdatum	Beschlussstatus	Beratungsstatus
Kreisausschuss	12.06.2023	Empfehlungsbeschluss	öffentlich
Kreistag	13.06.2023	Entscheidung	öffentlich

Organisationseinheit	Bevölkerungsschutz, Zentrale Ausländerbehörde und Erstaufnahmeeinrichtung
Berichterstattung	Dezernent Nils-Holger Gutzeit

Budget	32	Öffentliche Sicherheit und Ordnung
Produktgruppe	32.03	Bevölkerungsschutz
Produkt	32.03.01	Rettungsdienst

Haushaltsjahr	Ertrag/Einzahlung [€]
	Aufwand/Auszahlung [€]

Klimarelevante Auswirkungen	☒ keine	☐ positive	☐ negative
Umfang der Auswirkungen	-/-		

Beschlussvorschlag

Der Landrat wird beauftragt, einen Vertrag über die Durchführung von Rettungsdienstleistungen im Bereich des Krankentransportes im Kreis Unna in dem im Sachbericht beschriebenen Umfang für die Dauer von drei Jahren mit zwei Verlängerungsoptionen von jeweils einem Jahr mit dem im Auswahlverfahren ermittelten Bestbietenden durch die Verwaltung abzuschließen.

Diese rettungsdienstlichen Leistungen sollen zukünftig von einem externen Dienstleistenden aus dem Bereich der gemeinnützigen Organisationen und Vereinigungen durchgeführt und der zu beauftragende Dienstleistende in einem transparenten Auswahlverfahren nach objektiven Kriterien ermittelt werden.

Über die Vergabe dieser Rettungsdienstleistungen mit einem Umfang von jährlich ca. 2.240.000 Euro und einem Gesamtvolumen von maximal 11.200.000 Euro soll im Rahmen des § 5 Abs. 3 der Hauptsatzung des Kreises Unna entschieden werden.

Sachbericht

Der Kreis Unna ist gem. § 6 Rettungsgesetz NRW (RettG NRW) Träger des Rettungsdienstes und u.a. verantwortlich für den Krankentransport.

Zum 01.01.2024 laufen zwei Genehmigungen des Kreises Unna aus; davon betroffen sind ein Krankentransportwagen mit einem Umfang von 168 Wochenstunden und ein Krankentransportwagen mit einem Umfang von 40 Wochenstunden.

Außerdem ist zur Vorbereitung der 5. Fortschreibung der Rettungsdienstbedarfsplanung ein Gutachten zur Bedarfsberechnung der rettungsdienstlichen Versorgung im Kreis Unna erstellt worden. Dieses hat ergeben, dass der Kreis Unna ein erhöhtes Versorgungsaufkommen im Bereich des Krankentransports aufweist und dieses mit der aktuellen Vorhaltung an Krankentransportwagen nicht zu bewältigen ist. Der Berechnung des Gutachtens zufolge müssten drei weitere Krankentransportwagen – davon einer mit 112 Wochenstunden sowie zwei mit 40 Wochenstunden - vorgehalten werden, um die Versorgung im Bereich des Krankentransports sicherzustellen und eine Wahrung der Hilfsfrist von 30 Minuten zu gewährleisten.

Zur Sicherstellung der rettungsdienstlichen Versorgung im Bereich des Krankentransports ist aus diesem Grunde erforderlich, diese Rettungsdienstleistungen mit Wirkung vom 01.01.2024 neu zu vergeben.

Die rettungsdienstlichen Leistungen im Krankentransport sollen zukünftig von einem externen Dienstleister aus dem Bereich der gemeinnützigen Organisationen und Vereinigungen durchgeführt und der zu beauftragende Dienstleister in einem transparenten Auswahlverfahren nach objektiven Kriterien ermittelt werden.

Es ist ein Vertrag über die Durchführung der rettungsdienstlichen Leistungen im Krankentransport für die Dauer von drei Jahren mit zwei Verlängerungsoptionen von jeweils einem Jahr mit dem im Auswahlverfahren ermittelten Bestbieter durch die Verwaltung abzuschließen.

Die Ausschreibung soll so erfolgen, dass zum 01.01.2024 die rettungsdienstlichen Leistungen der beiden bereits genehmigten Krankentransportwagen von einem externen Dienstleister übernommen werden. Der Bedarf an drei weiteren Krankentransportwagen wird als Zusatzoption mit einer Vorlaufzeit von drei Monaten ausgeschrieben, da hierfür die vorherige Verabschiedung der 5. Fortschreibung des Rettungsdienstbedarfsplanes erforderlich ist.

Im Rahmen dieser Vergabe soll von der Bereichsausnahme des § 107 Abs. 1 Nr. 4 GWB Gebrauch gemacht werden. Demnach können ausschließlich gemeinnützige Organisationen und Vereinigungen am Verfahren beteiligt, sprich zur Abgabe von Angeboten aufgefordert werden. Bei Anwendung der Bereichsausnahme kommen die vergaberechtlichen Vorschriften nicht zur Anwendung.

Es wird ein sog. verwaltungsrechtliches Auswahlverfahren durchgeführt, also ein geordnetes Auswahlverfahren nach transparenten Grundsätzen unter Beachtung des Gebots der Gleichbehandlung. Dieses Erfordernis folgt aus den kommunalen Grundsätzen der wirtschaftlichen und sparsamen Haushaltsführung, dem Beihilferecht und bei (in der Regel bei Rettungsdienstvergaben aufgrund des Auftragsvolumens anzunehmender) Binnenmarktrelevanz aus dem EU-Primärrecht (AEUV).

Der Umfang der rettungsdienstlichen Leistungen im Krankentransport wird voraussichtlich ca. 2.240.000 Euro/Jahr umfassen.

Mithin wird das Volumen mindestens 6.720.000 Euro, im Falle der Verlängerung insgesamt 11.200.000 Euro betragen.

Diese Aufwendungen werden im Rahmen der Kalkulation der Rettungsdienstgebühren vollumfänglich berücksichtigt und werden entsprechend durch die Kostenträger refinanziert. Den Aufwendungen stehen mithin Erträge in gleicher Höhe entgegen. Der Vorgang erfolgt ergebnisneutral.

Das Vergabeverfahren werden der Fachbereich 32, die Stabsstelle Rechtsangelegenheiten und Vergaben sowie eine u. a. auf die Vergabe von Rettungsdienstleistungen spezialisierte Kanzlei für Vergaberecht gemeinsam betreuen.

Es ist beabsichtigt, das Vergabeverfahren im Juni 2023 nach Fassung dieses Grundsatzbeschlusses zu beginnen. Über die Vergabe von Rettungsdienstleistungen an gemeinnützige Organisationen oder Vereinigungen im Sinne des § 107 Abs. 1 Nr. 4 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) im Umfang von maximal 11.200.000 Euro soll durch den Landrat gemäß § 5 Abs. 3 der Hauptsatzung des Kreises Unna entschieden werden.

Anlagen

keine